



Samstag, 16. November 2019, 15:57 Uhr
~12 Minuten Lesezeit

Die Geschichtsrevisionisten

Das Narrativ des ostdeutschen Unrechtsstaates ist falsch und gefährlich: Es relativiert die Naziverbrechen.

von Frank Schumann
Foto: Triff/Shutterstock.com

Im Osten stößt die Reduzierung der DDR auf Mauer, Stasi und Stacheldraht und deren Gleichsetzung mit

dem Hitlerreich zunehmend auf Widerspruch. Dafür gibt es viele Gründe. Die Ablehnung, sich fortgesetzt von Westdeutschen erzählen zu lassen, wie man als Ostdeutscher angeblich gelebt und gelitten hat, ist ein Grund. Ein anderer die Okkupation der positiven Momente der DDR-Vergangenheit, wie sie aktuell zelebriert wird: Nicht die Ostdeutschen hätten die Mauer zum Einsturz gebracht, sondern Kohl und Genscher. Einer gleichermaßen ignoranten wie einseitigen Geschichtsbetrachtung muss entschieden widersprochen werden. Sie führt nämlich auch zum Verlust der Glaubwürdigkeit politischer Institutionen.

Seit dreißig Jahren mache ich Bücher. Als Verleger, als Autor, als Ghostwriter. Den Verlag gründete ich nach dem Untergang der DDR (und wenn ich das im Verkehr mit Westdeutschen sage, kommt oft und noch immer als Echo: Hoho, in der DDR wäre das nicht gegangen. – Ja, und?) Der Verlagsname sollte in einer Zeit, als die meisten Osis rasch Wesis werden wollten, eine demonstrative Ansage sein: *edition ost*. Ich wollte zunächst heimatlos gewordenen DDR-Autoren eine verlegerische Heimat bieten. Und außerdem mochte ich an der gedankenlosen Beseitigung der gemeinsamen Vergangenheit nicht mittun. Überall füllten sich die Container vor Bibliotheken, Betriebskulturhäusern und Kultureinrichtungen. Ein Land entsorgte sich selbst: Das war nicht nur Metapher, sondern Realität.

Ich verweigerte mich aber nicht deshalb, weil ich mich gegen die Gegenwart und das, was da ungebeten auf mich, auf uns Ostdeutsche zurollte, grundsätzlich gesperrt hätte. Sondern weil ich eine Affinität zur Geschichte habe und um deren Bedeutung weiß.

Geschichte ist der Grund, auf dem jeder Mensch steht, sie liefert die Koordinaten, um sich in der Welt zurechtzufinden. Hemden lassen sich wechseln wie die Fahnen auf den Zinnen, nicht aber die Vergangenheit. Die individuelle wie die kollektive. Sie hängt uns am Hacken, weil sie uns prägte.

Ich habe im Wortsinne Geschichte mit der Muttermilch aufgenommen: Mein Kinderbett im elterlichen Schlafzimmer stand neben dem Kirchenarchiv in einem sächsischen Pfarrhaus. Als Halbwüchsiger verbrachte ich halbe Tage darin, studierte neugierig die alten Bücher und fand dort Namen der Nachbarn, deren Vorfahren schon vor Jahrhunderten ihre Kinder in der Kirche neben unserem Pfarrhaus übers Taufbecken gehalten und ihre Toten zu Grabe getragen hatten.

Das stand dort alles, penibel aufgeschrieben für die Nachwelt. Und diese Mitteilungen, mit Federkiel notiert, faszinierten mich. William Faulkner, den ich erst später las, hatte recht mit seiner Feststellung: „Das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal vergangen.“ Die Bauernhöfe und ihre Betreiber, mit deren Kindern ich in eine Klasse ging, besaßen eine lange Vorgeschichte, ohne sich ihrer vielleicht im Einzelnen bewusst zu sein. Ich entdeckte die Wurzeln meiner Schulfreunde in den Kirchenbüchern. Geschichte floss unablässig wie ein Strom durch die Zeit, egal, was an den Ufern geschah, und hier war die lokale Historie in Daten, Ereignissen und Abrechnungen nachlesbar, also mit Fantasie erlebbar.

Später, als Journalist bei einer Tageszeitung, war ich Geschichtsredakteur. Meine Neigung konnte ich ausleben und bekam sie auch noch bezahlt. Obendrein, was nun wirklich ein Privileg war, konnte ich deshalb auch in den Westen reisen. Ich besuchte für Recherchen Archive und Ausstellungen, wandelte auf den Spuren von Luther und Heine, von Marx und Thälmann und schrieb darüber.

Diese lange Einleitung war nötig um zu erklären, weshalb ich die kulturelle Entsorgung meines nunmehr verschwundenen Landes als Frevel empfand. Und was dieser Bruch mit der eigenen Vergangenheit mit den meisten Menschen anstellte.

Sie warfen alles von sich und berauschten sich an dem, was ihnen an billiger, aber bunter Alternative angeboten wurde. Bereitwillig tauschten sie Glasperlen gegen ihre Geschichte. Selbst die Sprache gaben sie her. Aus Kollektiv wurde Team, Kapitalismus durfte nur noch soziale Marktwirtschaft genannt werden, andernfalls setzte es Kritik.

Und Faschismus hieß nur noch Nationalsozialismus. Dabei galt es bis dato als gesicherte Erkenntnis, dass die Hitlerdiktatur weder sozialistisch – sie war in ihrem Wesen imperialistisch wie die Konzerne, die sie installiert hatten – noch national war: Die Nazis hatten Deutschland in die größte nationale Katastrophe ihrer Geschichte geführt, die später einer ihrer Jünger „Vogelschiss“ nennen sollte.

Im deutschen Namen waren Millionen Menschen im eigenen Land und in den besetzten Ländern ermordet worden. Und Millionen starben an den Fronten oder als Partisanen, weil sie sich in einer Anti-Hitler-Koalition dem Drang des deutschen Kapitals zur Weltherrschaft widersetzt hatten.

Im beigetretenen Osten erfolgte umgehend eine Revision aller Narrative. Initiiert und forciert wurde dieser Prozess von Westdeutschen, die in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft, in Justiz, Militär und in den Medien alle Schlüsselpositionen übernahmen – und sie bis heute auch halten. Dabei halfen ihnen Kollaborateure aus dem Osten, die auf Teilhabe hofften. Und einige bekamen auch tatsächlich ein Amt, und sei es nur das des Narren am Hofe der Mächtigen.

Von den Menschen, denen tatsächlich in der DDR Unrecht widerfahren war, liehen sie sich die Opfergeschichten. Die wurden benötigt, um das Bild eines durch und durch verbrecherischen Staates zu erfinden, dessen Besetzung folglich zwingend und demokratisch legitim war. Weil sich jedoch keine Leichenberge fanden, nahm man die Aktenberge der Stasi als solche. Und man erfand das „Auschwitz der Seelen“ und zog die weiße Linie der dortigen Selektionsrampe bis zu jener auf dem Bahnsteig im Grenzbahnhof Friedrichstraße.

Nein, natürlich könne man die Diktatur der Nationalsozialisten nicht mit der Diktatur der Kommunisten gleichsetzen, beschwichtigte man jene, die sich darüber empörten. Aber Vergleiche seien ja wohl zulässig.

Ach, diese deutsche Neigung zum Vergleich. „Verglich“ jemals ein Historiker oder Journalist den Genozid kaiserlich-deutscher Kolonialtruppen an den Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika mit der Unternehmenspolitik deutscher Konzerne, die Profite unter der Apartheid in Südafrika scheffelten?

Oder dass man den vom Apartheid-Regime jahrzehntelang inhaftierten Nelson Mandela und seinen ANC seinerzeit in der BRD als Terroristen verurteilte und später, als er frei und die Apartheid beendet war, auf den Schild hob und ihn nun als Friedensnobelpreisträger feierte? Vergleiche, die nicht nur Erscheinungen, sondern das Wesen der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung infrage stellen, sind jedoch unzulässig.

Übrigens – und das weiß ich von einem, der damals in der Schorfheide im Dezember 1981 beim Treffen des Bundeskanzlers mit dem Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretär dabei war – verglichen Helmut Schmidt und Erich Honecker, in welchem Staat es sich leichter regieren ließe. Schmidt meinte ironisch-neidisch,

dass es Honecker mit seinem Politbüro leichter, er es hingegen schwerer habe, weil – und nun O-Ton des Bundeskanzlers – die Bundesrepublik kein Rechtsstaat, sondern ein Gerichtsstaat sei. Da war der Begriff „Unrechtsstaat“ noch nicht erfunden.

In dem Zusammenhang sei auch der anschließende Besuch der beiden in Güstrow erwähnt. Schmidt wollte im dortigen Dom den schwebenden Engel des von ihm verehrten und von den Nazis verfemten Bildhauers Ernst Barlach sehen. Wir kennen die gespenstischen Bilder der menschenleeren Straßen, die von Polizeiketten gesäumt waren. Und seither gelten diese Fotos als Beweis für den Polizei- und Stasi-Staat DDR. Tatsächlich jedoch gingen diese Maßnahmen auf Forderungen der Sicherungsgruppe Bonn zurück: Im Spätsommer hatte die RAF einen Bombenanschlag auf das Headquarter der US-Luftstreitkräfte in Ramstein verübt, und zwei Wochen später entging US-General Frederick J. Kroesen nur knapp einem Raketenanschlag. Das Bonner akute Sicherheitsinteresse war verständlich groß und führte zu entsprechenden Forderungen an die DDR-Adresse. Hier waren bis dahin noch nie Gullydeckel zugeschweißt und das Öffnen von Wohnzimmerfenstern verboten worden, wenn auswärtige Staatsgäste unterwegs waren.

Nach 1990 entstanden im Osten nach der Wiederherstellung der Eigentumsverhältnisse, wie sie bis 1945 dort geherrscht hatten, auch neue, spezielle Unternehmen. Zum Beispiel eine Erinnerungs- und Aufarbeitungsindustrie. Millionen und Abermillionen D-Mark wurden in ein Netzwerk zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Deutschland investiert.

Inzwischen existiert in Ostdeutschland kaum eine Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus, der nicht ein Ort des Gedenkens an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft zugesellt ist. Warum? Um an die Menschen zu erinnern, denen wirklich und wahrhaftig in der DDR Leid angetan wurde? Das auch.

Vornehmlich aber soll damit ein Gleichheitszeichen zwischen den „beiden Diktaturen auf deutschem Boden“ gesetzt und das schlimme Schuhmacher-Wort aus der Hochzeit des Kalten Krieges, das von den „rotlackierten Faschisten“, postum bezeugt werden. Dafür beugte man bisweilen auch die Wahrheit.

Zweckdienlich. Etwa die „Wasserzellen“ im vermeintlichen Stasi-Folterknast in Hohenschönhausen und die krebsauslösenden „Strahlenkanonen“: reine Erfindungen. So wenig belegt wie die Behauptung, Ulbricht sei ein Lügner, weil er erklärt hatte, niemand habe die Absicht, eine Mauer zu errichten. Ulbricht konnte es an jenem 15. Juni 1961 nicht besser wissen und log darum nicht, denn die Entscheidung wurde erstens Anfang August in Moskau und zweitens von Chruschtschow getroffen (3).

Medien machten Stimmung, die Justiz besorgte ihren Teil. „Juristische Formeln sind oft wichtiger als Bajonette“, wusste schon im Februar 1952 Otto Lenz, Staatssekretär im Kanzleramt und Adenauers rechte Hand.

Allerdings, so konstatierte Generalstaatsanwalt Christoph Schaeffgen in der *Neuen Justiz* vom Januar 2000 im Rückblick auf „Zehn Jahre Aufarbeitung des Staatsunrechts der DDR“ betrübt, seien die Ergebnisse der intensiven Ermittlungen hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Von den über 100.000 beschuldigten Ex-DDR-Bürgern waren nach Schaeffgen bis Anfang 1999 „nur etwa 300 rechtskräftig verurteilt“ worden.

Von diesen 289 Verurteilten erhielten 86 eine Geldstrafe, 184 eine Bewährungsstrafe und lediglich 19 eine Freiheitsstrafe. Keine Rede von Folter, Zwangsadoptionen, Einweisungen in die Psychiatrie und all die Stereotype, die einen Dauerplatz im „öffentlichen Diskurs“ hatten. Die Enttäuschung wurde mit dem Hinweis auf die Vorzüge des demokratischen Rechtsstaats kaschiert. Erst wenn ein

Verbrechen bewiesen ist, kann man von einem Verbrechen sprechen.

Eben!

So war's aber nicht gemeint. Sondern: Die „Verbrecher“ hätten ihre Untaten verschleiert. Deshalb wären trotz intensiver Suche Dokumente ihrer verbrecherischen Direktiven nicht auffindbar.

Doch zunehmend widersprachen Zeitzeugen den kruden und konstruierten Behauptungen. Nach dem doppelten Kulturschock meldeten sich immer mehr Ostdeutsche zu Wort, die den verteufelten Staat anders in der Erinnerung hatten, als man es nun dem deutschen Volke weiszumachen versuchte.

Das medial verbreitete Narrativ, wie die Ostdeutschen im Unrechtsstaat gelebt haben sollten, deckte sich nicht mit ihren eigenen Bildern. Ihre Einlassungen wurden zunächst als Ostalgie belächelt, später als Gejammer Ewiggestriger, und schließlich, als der Widerspruch vermeintlicher Betonköpfe nicht verstummte, zieh man sie des Geschichtsrevisionismus.

Die Vorhaltungen wurden immer schriller und die Argumente immer abstruser. Auch Verlage wie die edition ost, die Zeitzeugenberichte veröffentlichten, bekamen ein solches Etikett verpasst. Vorsorglich kaufte sich der seinerzeitige Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, Helmut Roewer, über einen Strohmann als Aktionär bei uns ein. Als dann noch herauskam, dass auch die CIA mit ihrem Agenten Wolfgang V. am Verlagstisch saß, beschloss der Aufsichtsrat mit Lothar de Maizière, Peter Brandt und Hans Modrow, die edition ost AG zu liquidieren.

Wir sind seither eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Aber mit dem unveränderten Anspruch, den Wissenslücken,

Halbwahrheiten und ganzen Lügen zu widersprechen – und wurden darum unverändert als Geschichtsrevisionisten diffamiert. Wobei das mediale Urteil in einer Uniformität geäußert wurde, die die von Politbüro-Mitglied Joachim Hermann weiland verordnete Gleichschaltung noch überbot. Von der letzten Postille bis hin zum gehobenen Feuilleton galt:

„Bücher und Autoren der edition ost (...) stellen kontrastierend zum historisch verbürgten Mainstream knallhart auf Geschichtsrevisionismus ab“ (1).

Selbst 2019 hieß es, wenngleich schon ein wenig subtiler, in einer durchaus wohlmeinenden Rezension:

„Der Band versammelt die über einen längeren Zeitraum aufgezeichneten Gespräche zwischen Bruno Flierl und Frank Schumann, der als Verleger von Egon Krenz und Margot Honecker einen durchaus speziellen zeithistorischen Ackersaum der untergegangenen DDR bewirtschaftet“ (2).

Schumann hatte auch sieben Bücher von Günter Gaus verlegt, druckte Texte von Egon Bahr, Heribert Hellenbroich, Christoph Andreas Graf von Schwerin von Schwanefeld, Katharina von Bülow und anderen westdeutschen Autoren – das war (und ist) ohne Belang für das Verdikt, am Rand vulgo Ackersaum zu stehen.

Allerdings, so will es die Dialektik: Jede öffentliche Schmähung war und ist zugleich objektiv Werbung. Und darum gelingt es immer wieder, mit solch gewiss unbeabsichtigter öffentlicher Unterstützung Bücher in die Spiegel-Bestsellerlisten zu bringen. Aktuell sind das, natürlich, dieser Egon Krenz mit „Wir und die Russen“ und – über den Verlag „Das Neue Berlin“ – Peter-Michael Diestel, der letzte Innenminister der DDR, mit „In der DDR war ich glücklich. Trotzdem kämpfe ich für die Einheit“.

Ich bin kein Freund absoluter Aussagen, weshalb ich den Satz „Sieger schreiben Geschichte“ nicht uneingeschränkt teile. Wäre es so, gäbe es keine Auseinandersetzung um die Geschichtsdeutung. Wenn die „Sieger“ das Feld so eindeutig beherrschten, würden sie nicht den Vorwurf des „Geschichtsrevisionismus“ erheben. Die Vorhaltung wird nicht nur unverblümt und diffamierend formuliert, sondern auch sanft geäußert, wie dies der Honecker-Biograf Martin Sabrow tut, indem er von einer „schleichenden Entmachtung der Historikerkunft“ durch Zeitzeugen spricht, oder direkter, wie es sein Kollege Wolfgang Kraushaar formulierte – für ihn ist der Zeitzeuge der Feind des Historikers.

Ich reklamiere für mich Zeitzeugenschaft. Ich bin ein Geschichtsrevisionist in dem Sinne, dass ich die seit dreißig Jahren kolportierten falschen Aussagen und Bilder von der DDR zu revidieren oder zu differenzieren versuche.

Mich rief seinerzeit eine Sekretärin des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert an, die von mir eine Auskunft wünschte. Das Gespräch war offen und uferte aus, weshalb ich an einer Stelle erklärte, dass ich mich als bekennender Ossi und ehemaliges SED-Mitglied nicht des Eindrucks erwehren könne, dass die Mehrheit der politischen Klasse der Bundesrepublik ideologisch vernagelter sei, als es die SED zu meiner Zeit war. Darauf sagte die kluge Frau: „Herr Schumann, Sie erwarten von mir gewiss kein Dementi.“

Je weiter die Zeit voranschreitet, desto bornierter und hilfloser scheint man in dieser Klasse zu werden. So weigerte sich etwa die Berliner CDU im Herbst 2019 einer von den Regierungsparteien SPD, Grüne und Linke eingebrachten Resolution zum 30. Jahrestag der „Friedlichen Revolution“ zuzustimmen, weil die Linke sie unterzeichnet hatte. „Wenn wir hier die historischen Ereignisse würdigen wollen, halten wir es für unangemessen, die Linkspartei als ebenbürtig zu behandeln“, erklärte Fraktionschef Burkard Dregger, Sohn von Alfred Dregger, einst exponierter Vertreter des

nationalkonservativen Flügels der CDU und bisweilen „Stahlhelmer“ genannt.

Stattdessen brachte die Dregger-CDU eine eigene Resolution ein, in der Kanzler Kohl und sein Vize Genscher als Wegbereiter der Einheit gewürdigt wurden. Diese Leute hatten nun nachweislich überhaupt nichts mit dem Herbst 89 in der DDR zu tun. Sie nutzten die Gunst der ihnen günstig erscheinenden historischen Stunde. Die Mauer wurde vom Volk der DDR eingerissen – weder mit Moskaus noch mit Bonner Segen. Dass kein Schuss fiel, entschied allein Berlin (Ost).

Und so werden immer wieder Fakten aus der Geschichte verdreht, umgedeutet, zweckdienlich interpretiert und massenhaft verbreitet. Was etwa von der AfD, deren ostdeutsche Häuptlinge ausnahmslos aus dem Westen unseres Vaterlandes kommen, sehr konsequent verfolgt wird. „Vollende die Wende“, forderte der Faschist Höcke. Und sagt: Wir sind eine bürgerliche Partei. Womit er ausnahmsweise recht hat.

□

<https://www.rubikon.news/spenden>

Quellen und Anmerkungen:

(1) Die Zeit, 17. August 2007

(2) FAZ, 24. Mai 2019

(3) Das fand 2009 der Historiker Matthias Uhl beim Studium der

Akten in Moskau heraus. „Chruschtschow befahl Mauerbau“, meldeten zutreffend etwa die Zeitungen aus dem Springer-Verlag. „Der Befehl zum Bau der Mauer kam direkt aus Moskau“, so die B. Z. am 1. Juni 2009. Nahm man danach jedoch die Lüge zurück, dass der Diktator Ulbricht die DDR-Bürger belogen und eingesperrt und Deutschland geteilt habe?

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Frank Schumann, Jahrgang 1951, ist ein Pastorensohn aus Sachsen. Nach dem Abitur folgten drei Jahre Volksmarine als Oberleutnant zur See sowie ein Studium an der Karl-Marx-Universität. Diplomjournalist ist er seit 1978, danach war er bis 1991 tätig bei der mit 1,6 Millionen auflagenstärksten Tageszeitung der DDR, der Jungen Welt, ab Herbst 1989 als Mitglied der Chefredaktion. Er gründete danach den Verlag **edition ost** (<https://www.eulenspiegel.com/verlage/edition-ost.html>), dessen Eigentümer und Leiter er seither ist. Schumann verlegte inzwischen mehrere Hundert Bücher und verfasste einige Sachbücher, die es bis in die Spiegel-Bestsellerlisten schafften. Er ist bekennender Ossi und Europäer.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.